

Calmer & Co. Calw

Nr. 172.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungsweg: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 20 Bfg.,
Reklamen 50 Bfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Montag den 28. Juli 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frachtkosten DM. 3.80 vierteljährlich, Postbezugspreis
im Orts- u. Nachbarort DM. 3.50, im Fernort DM. 3.60, Bestellgeld 30 Bfg.

Erzbergers Enthüllungen.

Der „Schwäb. Merk.“ schreibt hierüber: Der Reichsminister Erzberger hat sich am Freitag in der Nationalversammlung so etwas wie einen „Bombenerfolg“ geholt. Nach außen wenigstens sieht es so aus und an den psychischen Vorbereitungen darauf (im gemeinen Leben nennt man es Kellame) hat es auch nicht gefehlt. Erzberger hatte sich gegen heftige Angriffe des deutschnationalen Abg. v. Graefe zu verteidigen wie gegen andere Angriffe, die von außerhalb des Weimarer Theaters gegen ihn gerichtet worden waren. Hat es doch Erzberger in den Monaten seiner „Regierung“ glücklich so weit gebracht, in den weitesten Kreisen als der Inbegriff alles Uebels und Quells alles Unheils betrachtet zu werden. Als demgegenüber spielte Erzberger einen Trumpf aus, der insofern seinen Sitz machte, als die Aufmerksamkeit des Hauses vollends ganz von der Frage der Vertrauenswürdigkeit und des Programms der heutigen Regierung Bauer-Erzberger ab- und der Vergangenheit zugelenkt wurde. Der Trumpf bestand in der Enthüllung eines englisch-französischen Friedensangebots, das Ende August 1917 durch päpstliche Vermittlung an die deutsche Regierung gelangt, von dieser aber mißachtlich beiseite geschoben worden sei. Die deutsche Regierung — es war die Vera Michaels-Kühlmann — habe sich nicht entschließen können, die Unabhängigkeit Belgiens zu verbürgen und daran sei der Verzicht gescheitert. Selbstverständlich liegt es in der Richtung der Erzbergerischen Taktik, die Vorstellung zu erwecken, als ob jüst dieses Versäumnis den Frieden zu rechter Zeit verhindert und alles weitere verschuldet habe. „Ex eventu“, hinterher nach dem Ausgang, läßt sich das ja nicht allzu schwer bewerkstelligen.

Es kann nun niemand einfallen, etwa die ganze Enthüllung Erzbergers rundweg in Zweifel ziehen zu wollen. Die geschichtlichen Schriftstücke, auf die Erzberger sich beruft, und deren Veröffentlichung inzwischen erfolgt ist, haben im ganzen den Inhalt, den Erzberger andeutet. Es ist auch kein Zweifel, daß die damaligen leitenden Männer der deutschen Politik mit einer schweren Verantwortung befaßt wurden, wenn sich alles ganz genau so darstellte, wie es vor den Volksboten in Weimar sich abrollte. Aber das ist nun gerade der Punkt, wo der Vorsichtige nicht so leicht und glatt mitkommt, wie es der Redner vielleicht gewünscht haben mag. Man hat so seine Erfahrungen! Von den Mitbeteiligten ist außer Erzberger keiner in der Nationalversammlung, es hat noch keiner Gelegenheit gehabt, sich dazu zu äußern. Von Erzberger weiß man, daß er ein äußerst geschickter Künstler der Rede ist und es meisterhaft versteht, Licht und Schatten nach seinem, Erzbergers, jeweiligen Bedürfnis zu verteilen. Namen hernach die anderen zum Wort, dann sah die Sache oft ganz erheblich anders aus, so erheblich, daß das alte Bild kaum wiederzuerkennen war. Noch viel schlimmere Bezeichnungen sind gegen den vielgewandten Buttenhaufener Landsmann erhoben worden. Solche Spuren schreien doch. Erzberger hat den Vorteil, daß niemand da war, der ihn auf der Stelle kontrollieren konnte. Auch außerhalb des Hauses ist — außer eben den nächsten Mitbeteiligten — niemand, der sofort die Mittel an der Hand hätte, seine Angaben nachzuweisen. Denn die ganze Angelegenheit ist unseres Wissens für die Öffentlichkeit vollständig neu, für die deutsche wie für die feindliche. Das ist ein gefährlicher Boden für Erzbergerische Temperamente. Also warten wir ab, wie die Sache sich weiter aufklärt.

Schließlich: was hat der von Erzberger aufgeführte Vorgang mit der Regierungsfähigkeit und Vertrauenswürdigkeit der heutigen Regierung Bauer-Erzberger zu tun? Jeder ehrliche Deutsche erkennt die Notwendigkeit an, der geschichtlichen Wahrheit Bahn zu schaffen. Und er weiß heute schon, daß diese geschichtliche Wahrheit von Fehlern der früheren Regierungen und von veräußerten Gelegenheiten zu erzählen weiß — auch ohne Herrn Erzbergers Extragalaxievorstellungen in der öffentlichen Arena. Aber es soll vor allem eine Regierung geschaffen werden, die das Reich wieder vorwärts und aufwärts bringt, es soll die Frage beantwortet werden, ob das Kollegium Bauer-Erzberger-Müller-Schmidt z. diesem Zweck entspricht.

Erzberger und der Czernische Immediatbericht.

Wien, 26. Juli. Wie der Wiener „Mittag“ meldet, hat Erzberger den Bericht des Grafen Czernin vom früheren Kaiser Karl erhalten mit der Verpflichtung, über die Herkunft des Berichts zu schweigen.

Die Erklärung des früheren Kanzlers Michaelis.

Berlin, 26. Juli. Der ehemalige Reichskanzler Michaelis gibt zu den Angriffen des Ministers Erzberger in der Nationalversammlung vom 25. Juli 1919 der „Tägl. Absh.“ folgende folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogen. englischen Friedensfühlers folgendes zu sagen: Das Schriftstück wurde mir anfangs September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen, und bin dem Kaiser, der, wenn ich mich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten. Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrats in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September im Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde vom Kaiser in eigenhändig unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt: Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar wichtig und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen, aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.

Ueber die weitere Behandlung des „Friedensfühlers“ wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unabweisbar aus unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren-mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie maßgeblichen Worte. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommenden Erklärungen zu veranlassen, ohne den eigenen Extravaganzenstandpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden. — Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mittlung der Stellung Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben: Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkennung:

- a) daß unsere Grenzen intakt blieben;
- b) daß unsere Kolonien zurückerstattet werden;
- c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürften;
- d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen wird.

Ich habe in Übereinstimmung mit Erz. v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit Verfolgung dieser ersten Friedensziele möglich ist. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheiten nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius stellte es sich heraus, daß der damalige Abg. Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.

Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Abhaltung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemühtigten sich der Angelegenheit und die Folge davon war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weisem Nachgeben in bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es vorausgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeigneten Weg zur Verfolgung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn dieser Plan fehlschlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten.

Caasow, den 26. Juli 1919. (gez.) Michaelis.

Der Rücktritt Bauers.

Wien, 25. Juli. Der Abgang des Staatssekretärs für Äußeres Dr. Otto Bauer bedeutet mehr als einen bloßen Personenwechsel. Es war seit längerer Zeit offenes Geheimnis, daß die Person Bauers für die Entente einen Stein des Anstoßes bilde. Bauer fällt nicht so sehr wegen seiner Festlegung in der Frage des Anschlusses an Deutschland, als wegen seiner Haltung gegenüber Ungarn. Auch die Tatsache, die sich durch die Weigerung der Auslieferung von Waffen seitens Deutsch-Oesterreichs und durch die wohlwollende Haltung Bauers gegenüber Bela Kun bemerkbar fühlten, haben gegen ihn gearbeitet. Bei den Beratungen in Feldkirch über die Friedensbedingungen der Entente hat Dr. Renner nicht nur Bauer, sondern auch Friedrich Adler, dem Vorherr-

den des Reichsarbeitsrats, erklärt, daß die bis jetzt eingetommene zwiespältige Haltung der Staatsregierung gegenüber der Káiediktatur in Deutsch-Oesterreich nicht länger fortgesetzt werden könne. Nur ein deutliches Abdrücken vom Bolschewismus könne die Friedensbedingungen etwas erleichtern. Auch Bauers ablehnende Haltung in der Frage Westungarns droht neue Konflikte mit der Entente, die auf der Angleichung Westungarns an Deutsch-Oesterreich besteht, zu schaffen. Der Bericht über die Verhandlungen in Feldkirch, der heute im Hauptauschuß erstattet wurde, ergibt, daß in den territorialen Fragen wenig Aussicht auf eine Verringerung des Friedensvertrages besteht. Weit optimistischer sind die aus Feldkirch zurückgekehrten Herren bezüglich der weiteren Gestaltung der finanziellen und wirtschaftlichen Fragen. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß die Entente für den Rücktritt Bauers einen gewissen Preis zahlen wird. Eine Erleichterung der Frist für die Beantwortung des Friedensvertrages hält man für sicher und hofft auch, wenigstens in einzelnen Fragen, auf Zulassung von mündlichen Verhandlungen. — In seinem Demissions schreiben bezeichnet Bauer als den Hauptgrund seiner Politik, die er vertreten hat, die Freundschaft Italiens zu erwerben. Er hoffte, mit Unterstützung Italiens die Vereinigung mit Deutschland durchsetzen und durch den Schutz Italiens auch gegen die Ansprüche der slavischen Nachbarn auf deutsch-österreichischem Gebiet wirkungsvoller auftreten zu können. Er hoffte, daß er eine annehmbare Lösung der Frage von Deutsch-Südtirol finden werde. Italien ging auf seine Pläne nicht ein. Deutsch-Oesterreich muß neue Bahnen betreten. Auf dem neuen Wege hält sich Bauer nicht für den geeigneten Führer, da er nicht hoffen könne, das Vertrauen der französischen Nachbarn zu finden, sowohl wegen seiner Haltung gegenüber Deutschland als gegenüber den sozialen Problemen und der Revolution.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 26. Juli. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind noch immer irgend welche Verhandlungen mit der Entente über den Rücktransport unserer Gefangenen nicht möglich gewesen. Unsere Anfrage vom 28. Juni ist ohne Antwort geblieben. Am 21. Juli haben wir erneut darauf gedrängt, dem Zusammentritt der versprochenen Kommissionen zur Beratung der Rückbeförderung, welche von der Ratifizierung des Friedens nicht abhängig ist, zu beschleunigen. Diese Kommissionen sollten vor allem dafür sorgen, daß den Gefangenen bis zu ihrer endgültigen Rückführung die Erleichterungen geschaffen würden, welche wir den fremden Gefangenen gewährt haben, nämlich ihre Behandlung als freier Arbeiter, Aufhebung der Zensur und dergleichen. Wenn auch am 11. Juli eine Verquickung der Frage der Zurückführung mit der Frage des Wiederaufbaues vereinbart wurde, so ist doch klar, daß die Kriegsgefangenen in der Hand der Entente ein Druckmittel sind, weil sie die Unterbrechung des Aufbaumaterials als unmöglich hinstellt und überhaupt den Friedensvertrag und seine Erfüllung als ganzes betrachten will. Alle Vorbereitungen zur tatsächlichen Heimbeförderung der Gefangenen sind getroffen. Die Sonderaktion ist im Gange für die Gefangenen in Sibirien, die in diesem Jahr auf keinen Fall mehr zurückkommen können, da der Landweg durch die Bolschewisten gesperrt ist und der Wasserweg dann nicht mehr eisfrei sein wird. Es handelt sich dabei um 20 000 Kriegsgefangene und 28 000 bis 30 000 Zivilgefangene. Gegenüber einer Witterungsmeldung ist zu sagen, daß wir in Italien nur 252 Kriegsgefangene haben.

Zur äußeren Lage.

Aufruf des obersten Rates der Alliierten an das ungarische Volk.

Paris, 27. Juli. Der Oberste Rat der Alliierten richtet gestern folgenden Aufruf an das ungarische Volk: „Die Alliierten und assoziierten Regierungen haben den dringenden Wunsch, mit dem ungarischen Volk Frieden zu schließen und dadurch einem Zustand ein Ende zu bereiten, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau Mitteleuropas unmöglich macht u. ein Hindernis ist für jeden Versuch, die Bevölkerung zu ernähren. Es ist aber unmöglich, dieses Ziel zu beginnen, bevor Ungarn eine Regierung hat, die das Volk vertritt, und die die zwischen ihm und den assoziierten Regierungen getroffenen Vereinbarungen dem Wort und dem Geist nach hält. Das Regime Bela Kun entspricht in keiner Weise diesen Bedingungen. Es hat nicht nur den von Ungarn unterzeichneten Waffenstillstand gebrochen, sondern es greift in diesem Augenblick auch eine besetzte und alliierte Macht an. Es ist Aufgabe der assoziierten Regierungen, unter ihrer eigenen Verantwortlichkeit die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Interessen der Alliierten zu wahren.“

Drücker

Zeige!

enold

und gibt
Uhr ihre
ng
ingen
ds 8 Uhr
Personal

platz 1 Mark

sketten,
knöpfe,
en-Etuis

erstraße.

sbank

nbank

nungen

eldeinlagen
tigung.

apieren,
Beratung.

ts vorräüg.

art

häuser, Hallen,
Isolierzellen
dauerhaft und

n1
achwerkfeldern
Firma an alle

ten, wie Back-

Ämtliche Bekanntmachungen.

Oberamtliche Bekanntmachung betr. Ausverkaufswesen.
Die Gültigkeitsdauer der vom Oberamt am 28. März 1919, „Calwer Tagblatt“ Nr. 34, erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Wettbewerbsgesetz (Ausverkaufsverordnungen), wird bis 31. März 1920 verlängert.
Calw, den 21. Juli 1919.

Oberamtmann G. S.

Ämtliche Bekanntmachung.

betr. Gründung einer freien Innung für:
1. das Maler- und Gipserhandwerk,
2. das Maurer- und Steinhauerhandwerk,
3. das Zimmererhandwerk
im Oberamtsbezirk Calw.
Nachdem die je von verschiedenen Meistern der genannten Handwerke eingereichten Innungsforderungen die Genehmigung der Kreisregierung Neutlingen erhalten haben, werden die Unterzeichner der Satzungen und diejenigen, welche etwa weiter den Innungen beitreten wollen, zu einer auf Dienstag den 5. August d. J., nachmittags 4 Uhr, in das Gasthaus der Bauerei Dreiß in Calw anberaumten Versammlung berufen, in welcher die Innungen konstituiert und die

erforderlichen Wahlen zu den Innungsämtern usw. vorgenommen werden.
Oberamtmann:
Calw, den 25. Juli. G. S.

Herstellung von Zwieback.

Im Monat August d. J. sind nach der eingeführten Reihenfolge folgende Bäcker berechtigt, Zwieback herzustellen, u. zwar:
Herr Wilhelm Bud, hier;
Herr Paul Burkhardt, hier;
Herr Johannes Kreuzberger, hier.
Calw, den 25. Juli 1919. Kommunalverband Calw:
Oberamtmann G. S.

Bekanntmachung.

betreff. Kleinverkehr mit Speisekartoffeln.
Vaut Erlaß der Württ. Landeskartoffelstelle vom 25. d. M. wird die Gültigkeit der ausgegebenen Kartoffelbesandmarken mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Einzelne, besonders dringende Ausnahmen, wird die Landeskartoffelstelle auf Ansuchen noch zulassen.
Die noch im Besitze der (Stadt-)Schultheißenämter sich befindlichen Besandmarken sind dem Oberamt umgehend einzuliefern.
Oberamtmann:
Calw, den 26. Juli 1919. G. S.

Bekanntmachung.

Betreff: Verteilung von Kaffee.
Es ist dem Kommunalverband etwas gerösteter Kaffee zugewiesen worden; Preis voraussichtlich etwa 7.— M das Pfd. der Anmeldung ausgeschloffen. Eine Zuteilung von Kaffee für jugendliche Wirtinnen, die Aufforderung, sich bis Samstag den 9. August 1919 in die Verteilungsliste auf dem Rathaus einzutragen zu lassen. Kinder unter 10 Jahren sind von der Anmeldung ausgeschloffen. Eine Zuteilung von Kaffee für gewerbliche Zwecke kann im Hinblick auf die bescheidene zur Verfügung stehende Menge nicht erfolgen.
Den Herrn Ortsvorstehern gehen mit der nächsten Post Formulare für Verteilungslisten zu, welche bis Montag den 11. August 1919 abzuschließen und hierher vorzulegen sind.
Calw, den 26. Juli 1919. Oberamtmann: G. S.

Bekanntmachung.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 25. Juli 1919 die Wahl des Bauern und Gemeinderats Johann Michael Rentzler in Schmied zum Ortsvorsteher der Gemeinde Schmied bestätigt.
Calw, den 26. Juli 1919. Oberamtmann: G. S.

greifen, die diese besondere Frage notwendig macht. Wenn Lebensmittel und sonstige Verpflegungsgegenstände geliefert werden sollen, wenn die Blockade aufgehoben, das Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaus unternommen und schließlich der Frieden wiederhergestellt werden soll, so kann das nur mit einer Regierung geschehen, deren Autorität sich nicht auf den Terror stützt. Die assoziierten Regierungen halten es für zweckmäßig, hinzuzufügen, daß jede fremde Befehung ungarischen Gebiets, wie sie von der Friedenskonferenz bestimmt worden ist, in dem Augenblick ein Ende finden wird, in dem der Höchstkommandierende der Interalliierten die Waffenstillstandsbedingungen in befriedigender Weise für ausgeführt erklärt wird. — Die gesamte Pariser Morgenpresse, mit Ausnahme der sozialistischen Presse, ist mit diesem Vorgehen der Alliierten einverstanden.

Die Alliierten lehnen das Anerbieten von Generalfeldmarschall von Hindenburg ab.

Berlin, 26. Juli. „New York Herald“ verbreitet die Nachricht, daß die Alliierten das Anerbieten des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, für den Kaiser die Verantwortung zu übernehmen, abgelehnt haben, indem sie gleichzeitig die Beweggründe anerkennen, die ihn zu seinem Schritte veranlassen. Die Alliierten hätten aber dem Generalfeldmarschall von Hindenburg mitgeteilt, er könne vor dem Gerichtshof Zeugnis ablegen, wenn er wolle; nur freies Geleit könne ihm dafür nicht zugesichert werden.

Dresden, 27. Juli. In dem Prozeß wegen Ermordung des sächsischen Kriegsministers Neuring wurde um 12 Uhr nachts das Urteil verkündet. Varsch wurde zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, Gottlieb, Becker und Pletsch zu je 2 Jahren, 6 Monaten Gefängnis, Allner zu 2 Jahren Gefängnis, Schreiber zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten Fribe, Heydemann, Krebs, Merkel und Thermann wurden freigesprochen.

Deutsch-Oesterreichs Erbverteilung.

Wien, 26. Juli. In der Nationalversammlung erörterte Abgeordneter Fink die finanziellen Bedingungen des Friedensentwurfes, sowohl hinsichtlich der Liquidierung der Hinterlassenschaft der alten Monarchie als auch bezüglich der Wiedergutmachung der Kriegsschäden. Die Wirkungen dieser Bestimmungen seien beinahe dieselben, wie wenn man gesagt hätte, daß die ganze Kriegsschuld von Deutsch-Oesterreich zu bezahlen sei. Das kleine Deutsch-Oesterreich sei zur Wiedergutmachung schlechthin unfähig. Wir sind nicht einmal imstande, unser täglich Brot zu bezahlen. In allen großen territorialen Fragen sind unsere Bemühungen erfolglos geblieben. Als teilweiser Ersatz für den Auszug von deutschem Boden und deutschem Volkstum bietet die Südens Teile West-Ungarns; aber auch hier verfährt sie wie mit anderen deutschen Gebieten, als wenn es sich nicht um lebendige Menschen handle, sondern um Schaffherden. Die kleinen territorialen Zugeständnisse und Zuweisungen von Teilen West-Ungarns reichen nicht aus, Deutsch-Oesterreich zu einem lebensfähigen Staat zu machen. Durch die Losreißung von Südtirol, Kärnten, sowie von Gebieten von Kärnten und der Sudeten schafft man einen Staat mit ganz unhaltbarer Konfiguration, zerteilt man die natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhänge und macht die Lebensmittelversorgung unserer Großstädte zu einem unlöslichen Problem. Auf diese Weise kann kein Staatswesen geschaffen werden, das selbständig existieren könnte. Unsere Friedensdelegation wird in ihrer Antwort nachweisen, daß alle diese Bestimmungen unmöglich, sozial gefährlich und nicht einmal technisch durchführbar sind.

Die Entschädigungen.

Paris, 26. Juli. Savas meldet aus Paris: Die Friedenskommission der Kammer hörte den Schluß des Berichts von Dubois über die finanziellen Bedingungen an. In Bezug auf die Verteilung der Wiedergutmachungs- und Schadenssumme bestimmt Art. 237, daß die von Deutschland in Gold gemachten Zahlungen nach den Vorschlägen der alliierten und assoziierten Regierungen nach den Grundsätzen der Billigkeit und der berechtigten Ansprüche verteilt werden müssen. Es würde dem Grundjah der Billigkeit entsprechen, daß das am meisten geprüfte Frankreich ein Vorrecht eingeräumt bekäme. Dieses Vorrecht wurde bisher jedoch nur Belgien und zwar für die Summe von 2½ Milliarden zugesprochen. Der Vertrag überläßt es der Kommission für die Wiedergutmachungen, die entsprechenden Summen unter die alliierten und assoziierten Länder zu verteilen. Diese Anteile sind noch nicht festgelegt. Der Redner hofft, daß der französische Anteil mindestens 50 Prozent betragen werde. Dubois hätte gern ge-

sehen, daß die Entschädigungen proportional dem Gesamtschaden angelegt worden wären unter besonderer Berücksichtigung der besetzten Gebiete. Was die Zurückzahlung betrifft, so sagt der Bericht, daß bis jetzt infolge der Verpflichtungen Deutschlands 265 800 To. Material in Wiesbaden, 10 000 To. in Brüssel, und von den fortgeführten 950 000 Stück Vieh ungefähr 8000 Stück abgeliefert worden sind.

Der frühere Burengeneral Botha über den Friedensvertrag.

London, 26. Juli. (Reuter.) General Botha wurde bei seiner Ankunft in Südafrika begeistert begrüßt. In einer Rede über den Friedensvertrag sagte er, es seien viele Punkte in dem Vertrag, die er für überflüssig oder für undurchführbar halte. Alles hänge jetzt davon ab, daß die Deutschen selbst sich endlich bemühten, den Vertrag auszuführen. Er sei sicher, daß die Schwierigkeiten beseitigt würden. Die Alliierten seien entschlossen, daß der Friede gewahrt werden solle. Botha äußerte sich hoffnungsvoll über den Völkerbund. (Botha ist ein vollständiger Engländer geworden und hat sich während des Krieges stets feindlich zu Deutschland gestellt.)

Noch keine Beuteteilung.

Washington, 27. Juli. (Reuter.) Wilson antwortete auf eine Anfrage des Senators Lodge schriftlich, soweit er unterrichtet sei, hätten die Alliierten sich über die Aufteilung der im Art. 37 vorgesehenen jährlichen Abzahlungen der deutschen Schadensvergütung noch nicht geeinigt.

Die Stärke der Besatzungsarmee.

Paris, 26. Juli. (Reuter.) Wie verlautet, sprach Hoch in der heutigen Sitzung des obersten Rats die Ansicht aus, daß 150 000 Mann für das linke Rheinufer nötig seien.

Die Handelsfreiheit.

London, 26. Juli. (Reuter.) Ein Weißbuch ist veröffentlicht worden, das die Bedingungen angibt, unter denen es nach Aufhebung der Blockade erlaubt ist, Handel zu treiben.

Bermischtes.

Ein Lebensmittellager der Unabhängigen.

Berlin, 25. Juli. (Priv.-Tel.) Eine Lokalkorrespondenz meldete gestern, daß bei den Unabhängigen ein großes Lager von Lebensmitteln, Schinken usw. aufgehäuft sei. Die „Freiheit“ befürchtet dies und erklärt das Lager für das Ergebnis eifriger Sammlungen, die für die hungernden politischen Gefangenen gesendet worden seien. Hierzu sagt die Korrespondenz, es seien ganz andere Leute als politische Gefangene mit diesen Vorräten gemästet worden; so habe der Kronzeuge der Verteilung im Lebedour-Prozeß Haffo v. Tysza wochenlang vor dem Prozeß alle drei Tage ein geröstetes Maß von Brot, Wurst, Fleisch, Eier, Butter und anderen Lederbissen erhalten. Das Gerücht ist aber falsch, daß v. Tysza die Anweisung zu dem Bezug von Lebensmitteln vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, dem Verteidiger im Lebedour-Prozeß, persönlich auf dessen Bureau erhalten haben soll. Die Staatsanwaltschaft habe sich schon mit dieser Angelegenheit befaßt. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: Soweit uns bekannt ist, schwebt ein beratendes Verfahren in der Tat, bei dem es sich übrigens nicht nur um die Lieferung von Lebensmitteln an Tysza handelt.

Voraussetzliche Einziehung der 50 Markbanknoten vom 20. Oktober 1919.

Berlin, 27. Juli. In Berlin und anderwärts ist das Gerücht verbreitet, daß von den 50-Mark-Noten der Reichsbank mit dem Datum vom 20. Oktober 1918 und 30. November 1918 bestimmte Serien und Nummern für ungültig erklärt worden seien. Es sind sogar Merkblätter gedruckt und verteilt worden, auf denen eine Reihe von Serien aufgezählt sind, die angeblich außer Kurs gesetzt sein sollen. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, sind diese Gerüchte falsch; die Merkblätter also ebenfalls hinfällig. Bisher sind überhaupt noch keine Reichsbanknoten für ungültig erklärt, noch weniger aber bestimmte Reihen von Nummern. Dagegen besteht die Absicht, sämtliche Reichsbanknoten zu 50 M vom 20. Oktober 1918 (samtlich auf der Vorderseite an dem grünen Zierstück links und an der quadratischen braunschwarzen Umrahmung des Textes rechts daneben) aufzurufen und einzuziehen. Eine Veröffentlichung dieserhalb steht bevor. Alle anderen Reichsbanknoten, also auch die zu 50 M der Ausgabe vom 30. November 1918 (samtlich an der braungewellten Umrahmung), sowie die Reichskassenscheine und Darlehenskassenscheine bleiben nach wie vor gültige Zahlungsmittel, deren Annahme nicht verweigert werden darf.

Neuer Streik.

Halle, 26. Juli. Bei einer in Hannover gehaltenen Delegiertenkonferenz der Kalibergarbeiter Deutschlands wurden unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: Einführung der Stufenlöhne unter Tag, sofortige Erhebung des Tarifs mit Rückwirkung ab 1. Juli, sofortige Einführung der Betriebsräte und Urlaubsregelung. Bei Nichterfüllung dieser Forderungen bis zum 30. Juli wollen die Kalibergarbeiter ab 1. August in den Generalstreik eintreten.

Einlenken der streikenden Telegraphenarbeiter.

Berlin, 27. Juli. Die streikenden Telegraphenarbeiter sind am heutigen Sonntag vormittag bei der Oberpostdirektion von neuem vorstellig geworden, um eine Einigung herbeizuführen. Sie unterzeichneten eine Erklärung, wonach die Telegraphenarbeiter von Groß-Berlin sich künftig während der Arbeitszeit an politischen Streiks und Demonstrationen nicht mehr beteiligen wollen. Ausstände wegen wirtschaftlicher Forderungen sollen stets nach ausfühlicher Anrufung aller in Betracht kommender Instanzen unter Einhaltung der Kündigungsfrist beschloffen werden. Dagegen hat die Streikkommission um Wiedereinstellung der bei dem Montagstreik Entlassenen und um Nachzahlung des Lohnes vom Dienstag ab. Die Oberpostdirektion versprach, beim Reichspostminister eine Entschädigung darüber eingeholen. In einer neuen Versammlung der Telegraphenarbeiter am Montag wird sodann das Ergebnis dieser Verhandlungen mitgeteilt, und eventuell der Streik abgebrochen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 28. Juli 1919.

Stuttgart, 27. Juli. (Vertretertag der Deutschen Demokratischen Partei.) Gestern mittag begann unter starker Beteiligung aus dem ganzen Lande der erste Vertretertag der Deutschen demokratischen Partei Württembergs und Hohenzollerns. Der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Minister Baumann, eröffnete die Verhandlungen mit einem Hinweis auf das Werden der Partei und auf ihr Wirken in den dreiviertel Jahren ihres Bestehens, das bewiesen habe, daß die Einigung der beiden liberalen Parteien zu einer einzigen großen Partei das Richtige gewesen sei. Der heutige Vertretertag habe zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich der Partei die offizielle Parteiorganisation zu geben und eine politische Aussprache herbeizuführen, die der Partei die politischen Ziele weisen und richtunggebend für die nächsten Jahre sein soll. Besonders begrüßte der Redner die erschienenen Frauen, die heute zum erstenmal als gleichberechtigte Mitglieder auf einem württembergischen Parteitag mitwirkten. Gemeindevater Karl Hausmann-Stuttgart begrüßte die Parteifreunde und -Freundinnen namens des Stuttgarter Vereins, worauf Parteisekretär Hopf den Geschäftsbericht erstattete. In eingehender Weise würdigte er die Umstände, welche die beiden liberalen Parteien veranlaßten, nach der politischen Umwälzung die eine große demokratische Partei zu gründen. Aus dem Bericht ist zu erwähnen, daß die Partei jetzt in 246 Ortsvereinen mit 50 589 Mitgliedern organisiert ist. Dazu kommen noch 49 Frauengruppen, 18 Jugendvereine, 30 Weingärtner- und 46 Bauernvereine, mit denen die Gesamtzahl der organisierten Mitglieder die Summe von 58 000 übersteigt. Den Kassendbericht erstattete Landeskassier Paul Hg-Stuttgart. Darauf folgte ein wohlüberdachtes Referat von Fräulein Mathilde Pfand über die Frauen in der Partei, wobei die Rednerin in ihrer bekannten geistreichen Art die Probleme der Frau und Arbeit und Frau und Politik einer eingehenden Würdigung unterzog. Sie fand lebhaftesten Beifall. Aus den Verhandlungen ist zu erwähnen, daß Dr. Schmiedle-Cannstatt eine stärkere Erziehung der Jugend zu den politischen Arbeiten wünschte, wobei er von Dietrich-Stuttgart namens der demokratischen Jugendvereine unterstützt wurde. Professor Wild-Hall berichtete über die Arbeit im Lande. Direktor Goldmann-Friedrichshafen bemängelte die Zusammensetzung des Hauptausschusses, in dem das Land zu wenig vertreten sei; er werde bei der Statutenberatung einen entsprechenden Antrag stellen. Hahn-Stuttgart sprach über Arbeiterfragen. Zum Schluß des ersten Tages wurde das Parteistatut beraten und mit unwesentlichen Änderungen einstimmig angenommen.

Stuttgart, 27. Juli. Der zweite Tag des württembergischen Vertretertages der D. D. P. wurde durch geschäftliche Mitteilungen des stellvertretenden Vorsitzenden des Hauptaus-

schusses, Minister Bauman, eingeleitet. Hierauf übernahm der von Weimar herbeigeeilte Erste Vorsitzende der Partei, Conrad Hausmann, den Vorsitz und begrüßte die noch weit zahlreicher als am Samstag erschienenen Parteifreunde. Herzliche Worte widmete er dem Abgeordneten Dr. Leser, der als Vertreter der demokratischen Partei Wadens anwesend ist. Dieser überbrachte die Grüße der badischen Parteifreunde, wobei er sich auch über die besonders von den Demokraten erstrebte Einigung der beiden Nachbarstaaten ausließ und unter lebhafter Zustimmung der Versammlung mitteilte, daß er selbst mit dem größten Teil der badischen Landtagsfraktion für eine Vereinigung Württembergs und Wadens sei. Abg. Hieber berichtete über die Arbeiten der Fraktion in der württembergischen Landesversammlung, wobei er einleitend hervorhob, daß kein Abgeordneter der früheren national-liberalen Landtagsfraktion sich der Notwendigkeit des Zusammenschlusses auf neuer Grundlage verschlossen habe, daß dagegen diejenigen früheren Nationalliberalen, die mit dem Bauernbund zusammenhängen, erheblich stärker hätten umlernen müssen, als die der demokratischen Partei Beigetretenen. Auf die Hauptarbeit der württembergischen Landesversammlung eingehend, weist der Redner darauf hin, daß die Verfassung in der verhältnismäßig kurzen Zeit von 3 Monaten fertiggestellt worden sei. Wenn manchmal der Vorwurf der Weitschweifigkeit in den Verhandlungen erhoben worden sei, so könne er feststellen, daß dieses Uebel, das dem alten Landtag schon angehängt habe, durch den Hinzutritt der Frauen keineswegs vergrößert worden sei. Die Stellungnahme der Fraktion zu den wichtigeren Punkten der Verfassung skizzierte der Redner etwa so: Eine Erste Kammer, auch in der Form der von rechts verlangten Berufskammer, habe die Demokratie abgelehnt. Die Bedeutung der Grundrechte in der württembergischen Verfassung sei durch die Gestaltung der Reichsverfassung wesentlich zurückgedrängt; die Probleme Staat und Kirche und Schule, Staat und Kirche seien in durchaus befriedigendem Geiste gelöst worden, obgleich das letztere weit schwieriger gewesen sei, und jetzt erst durch die in Weimar erfolgte politische Verschärfung der idealen Güter der Schule noch schwieriger zu werden drohe. Bei der Regelung des Beamtenrechtes habe die Fraktion großes Verständnis für die Bedürfnisse der Beamten gezeigt und werde dies auch bei der Schaffung des Beamtengesetzes tun. Nachdem der Redner kurz die Schaffung eines süddeutschen Freistaates mit Waden zusammen gestreift hatte, zeichnete er die geistige und soziale Führeraufgabe der Demokratie, der die Aufgabe zufalle, den Sozialismus aus der Verbildung der Klassenkampfpolitik herauszuführen. Auch das Nationale bedürfe einer geistigen Vertiefung durch Anknüpfung an unsere Klassiker vor 100 und vor 50 Jahren. Der Redner bezeichnete es als einen großen Fehler, daß die von ihnen hinterlassenen Goldbarren noch nicht in gangbare Münze für den Alltag geprägt worden seien. Ohne Vertiefung der Volksbildung sei die Demokratie nicht denkbar. Redner schloß, indem er für die Landtagsfraktion das Zeugnis der Versammlung erbat, im Sinne ehelichen Volksdienstes gearbeitet zu haben. Stürmischer Beifall lohnte den Redner, dem Conrad Hausmann bezeugte, daß er auch innerlich mit der Demokratie verschmolzen und ein berufener Wortführer der Partei sei. Der Abg. Hermann-Neulingen erstattete sodann den Bericht über die Nationalversammlung und ließ sich über die Stellungnahme der Fraktion zur Rätefrage, zum Schulkompromiß und zur Steuerhoheit des Reiches, sowie zu den Erbergerischen Steuerprojekten aus. Zum Schluß der Vormittagsitzung verbreitete sich Conrad Hausmann über die allgemeine politische Lage. Wir sind jetzt in die Periode der Entfaltungen eingetreten, und es ist möglich, jetzt offen zu reden. Wir sind aber auch in den Zeiten der größten finanziellen Not. Es müssen Steuern von solchem Ausmaß erhoben werden, daß größte Härten nicht zu vermeiden sind. Darunter werden die kulturellen und sozialen Aufgaben leiden. In der Schulfrage dürfe noch nicht alle Hoffnung auf Rückgängigmachung des widerlichen Handels zwischen Zentrum und Sozialdemokratie aufgegeben werden. Die Mitarbeit der demokratischen Partei beim Wiederaufbau Deutschlands sei unentbehrlich. Dem Schwarz und Rot der jetzigen Regierung müsse das verbindende Gold der Demokratie wieder hinzugefügt werden. (Stürmischer Beifall.)

Kirchengesangverein.

Nächsten Donnerstag, abends 8 Uhr, bringt der Kirchengesangverein im „Badischen Hof“ ein Gedächtniskonzert für die

Städtische Lebensmittel-Versorgung Calw.

In nächster Zeit werden auf dem Bahnhof Karotten und grüne Erbsen verkauft. Preis für Karotten zirka 20—25 Pfg., grüne Erbsen zirka 35—40 Pfg. je pro Pfund. Das Eintreffen wird durch die Ortslokale bekannt gegeben. Am Dienstag, den 29. ds. wird auf der Freibank Rühfleisch verkauft, das Pfd. zu 1,60 Mk. und zwar an diejenigen Personen, welche das letztemal kein Fleisch erhalten haben, vormittags von 8—11 Uhr und an die Buchstaben A—F nachmittags von 2—5 Uhr. Lebensmittelbilder sind mitzubringen.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Tauben

sind im Monat August eingesperrt zu halten. Der Feldschütz ist angewiesen, Tauben welche er antrifft abzuschließen.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Gefallenen zur Ausführung. Dies an Stelle des sonst üblichen „Freikonzerts“, auf das die Mitglieder des Vereins gewiß gerne verzichtet werden, da mit dem Konzert der Zweck verbunden ist, für das von der Stadt geplante Ehrenmal für die Gefallenen einen schönen Hausstein zu stiften. Die Vortragsfolge wird entsprechend dem Charakter des ganzen Konzerts eine ernste sein: einige hier noch nicht gehörte Verlen der Musikliteratur werden dem Abend eine besondere Bedeutung geben, wie auch die Mitwirkung einer ausgezeichneten Sängerin, Frau E. Pieper, die wir hier das erste Mal öffentlich werden hören dürfen. Viele Musikfreunde aus der Stadt haben sich in dankenswerter Weise wieder zur Ausgestaltung des Konzerts zur Verfügung gestellt. Es sei hier nochmals besonders darauf hingewiesen, daß allgemein von Freikarten Abstand genommen wurde, und daß die Eintrittspreise nur eine Grenze nach unten darstellen, die jedermann nach bestem Können zu überschreiten gebeten wird.

Besondere Zuweisungen von Lebensmitteln an die heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Der Reichsernährungsminister hat bestimmt, daß die jetzt heimkehrenden Kriegsgefangenen von den Kommunalverbänden, von denen sie zum ersten Male in die ordentliche Lebensmittelversorgung aufgenommen werden, Sonderzuweisungen an Lebensmittel erhalten. Die Kriegsgefangenen werden während der ersten sechs Wochen nach ihrer Heimkehr neben den allgemeinen Rationen wöchentlich 1 Pfund Brot, 50 Gramm Fett, 250 Gramm Hülsenfrüchte und 125 Gramm Auslands-Speck oder Konservenfleisch und zwar zu den festgesetzten verbilligten Preisen erhalten. Die Ausgabe der Sonderzuweisungen ist auf dem Entlassungsschein (Ueberweisungsschein, Urlaubsschein) unter Stempel und Unterschrift für jede Woche zu vermerken.

Zur Krankenernährung.

Der Reichsernährungsminister hatte im April Maßnahmen zur Besserung der Krankenernährung getroffen. Aus den amerikanischen Zufuhren wurden den deutschen Freistaaten Sondermengen von Fleisch oder Speck und Fett zur Erhöhung der Krankenzulage zugewiesen. Insbesondere sollte die Skopration für die Insassen der Lungenheilstätten dadurch um 250 Gramm Fleisch und Speck und 250 Gramm Fett erhöht werden. Unter den damaligen Verhältnissen konnte die Besserung der Krankenernährung nur für beschränkte Zeit in Aussicht gestellt werden. Nachdem nunmehr genügend Vorräte vorhanden sind oder doch in bestimmter Aussicht stehen, hat der Reichsernährungsminister die Regierungen der deutschen Freistaaten ersucht, die damals getroffenen Maßnahmen bis auf weiteres beizubehalten.

Der rote Eichbaum als Postkarte.

Nach dem Amtsblatt der Württ. Verkehrsanstalten werden nun auch Postkarten zu 10 Pfg. mit dem Wertstempel der Erinnerungsmarkte im Laufe des Monats Juli herausgegeben. Sie werden ebenso wie die G-Marken nur auf besonderes Verlangen und zunächst nur in kleinen Mengen an den einzelnen Käufer abgegeben. Die naturwissenschaftliche und künstlerische Mißgeburt soll also weiter wuchern! Das einfachste Gegenmittel wäre nicht zu kaufen.

Neue Stadtanleihe von Stuttgart.

Die Finanzkommission des Rathauses hat beschlossen, von der im März ds. Js. vom Ministerium des Innern genehmigten Stadtanleihe zu 4 Proz. einen Teilbetrag von 10 Millionen Mark zu begeben und mit dem kommissionsweisen Vertrieb der Anleihe zum Zeichnungskurs von 95,80 Prozent das Stuttgarter Bankenkonzern in Verbindung mit der Gewerbebank Ulm, der städt. Sparkasse Stuttgart und dem Württ. Giroverband zu betrauen.

Württ. Finanzausschuß.

Stuttgart, 27. Juli. Der Finanzausschuß des Landtags hielt heute vormittag eine 31ündige Sitzung, die durch vom Minister des Innern Dr. Lindemann gemachte Mitteilungen vertraulicher Natur auf dem Gebiet des Polizeiwesens ausgefüllt waren. In der nächsten Sitzung, die am kommenden Dienstag nachmittag stattfindet, wird der Finanzausschuß den Sportletarif erledigen, für den der Abg. Graf als Berichterstatter aufgestellt wurde. Da die Sportlererhöhungen bereits am 1. August in Kraft treten sollen, muß die Vollversammlung spätestens am Donnerstag wieder zusammentreten, um das Gesetz zu erledigen. Außerdem wird dem Landtag in der nächsten Woche noch ein weiterer

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Gastwirte, Pensionsinhaber usw. werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie ihre

Rur- und Uebernachtgäste

am 1. jeden Monats, nächstmal am 1. August, beim Stadtschultheißenamt anzumelden haben.

Die Anmeldebordrucke können daselbst abgeholt werden. Da die Lebensmittelzuweisungen auf Grund dieser Anmeldungen erfolgen, liegt es im Interesse der Wirte die Meldungen genau und vollständig zu erstatten.

Calw, den 28. Juli 1919.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Eichamt Calw.

Jeden Samstag ist Eichtag.

Meßgeräte können nur an Eichtagen eingeliefert oder abgeholt werden. Einlieferungszeit bis 10 Uhr vormittags. Geräte, die nach dieser Zeit eingeliefert werden, haben am gleichen Tage keinen Anspruch mehr auf Abfertigung.

Diagr, Eichamtsvorstand.

Nachtragelast betr. erhebliche Vermehrung der Landjäger stellen zugehen.

Mitmaßliches Wetter am Dienstag u. Mittwoch.

Die Wetterlage hat sich kaum verändert, da der Hochdruck immer noch kühle Luftströmungen verursacht. Am Dienstag und Mittwoch ist deshalb neben zeitweiliger Aufhellung und Erwärmung vielfach bedecktes, aber in der Hauptsache trockenes Wetter zu erwarten.

Begnabigter Mörder.

(SCH.) Stuttgart, 27. Juli. Staatspräsident Bloß hat den Maurer Gottlieb Rud zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt, der vom Schwurgericht in Stuttgart wegen Ermordung des Hilfspolizeldieners Georg Bauer in Waldenbuch zum Tode verurteilt worden war.

Gemeine Verleumdungen.

(SCH.) Tettnang, 27. Juli. Im Oberamtsbezirk war das Gerücht verbreitet, daß der Kommunalverband Tettnang einen Waggon 0-Mehl mit 300 Ztr. nach München schicken wollte, daß aber das Mehl in Hemigkofen beschlagnahmt worden sei. Der Vorsitzende des Kommunalverbandes, Oberamtmann Scholl, erklärt das Gerücht für erlogen und fügt hinzu, das Oberamt werde künftig jeden, der Verleumdungen gegen den Kommunalverband aussprengt oder weitergibt, rücksichtslos strafrechtlich verfolgen lassen.

Schwemningen, 27. Juli. Donnerstag abend nach Arbeits-schluß zog eine Menge Volks (Männer, Weiber und Kinder) durch die Straßen, voran eine Frau, die eine Tafel mit folgender Aufschrift trug: „Achtung! Hier sind die Milch-pantischer!“ Es war ein Demonstrationzug gegen die Nahrungsmittelfälscher. Die Erbitterung der hiesigen Arbeiter-schaft über die Verwässerung der Milch, die hier mit 50 bis 60 % für das Liter bezahlt wird, ist auf den Siedepunkt angelangt, und sie beschlossen daher, diese Leute an den Pranger zu stellen. Gewaltsam wurden sie aus ihren Wohnungen geholt und genötigt, das genannte Plakat voranzutragen. Schließlich wurden dann alle — es waren zwei Frauen und drei Männer — auf einen Wagen gestellt und fotografiert. Alles unter den Zurufen der Menge. Eine solche Kur kann allerdings heilsam wirken, allein das Gericht wird diese Art von Justiz nicht gelten lassen.

Ein neuer Krawall in Heilbronn.

Heilbronn, 26. Juli. In letzter Nacht ist es wieder zu schweren Zusammenstößen und Schießereien gekommen, die ein Opfer gefordert haben, den 32jährigen Tagelöhner Weilbacher. Ueber die Vorfälle berichtet die Neckarzeitung: Etwa um 11 Uhr wurden die Jäger, die auf dem Wege zur Kaserne waren, von einem Trupp Zivilisten angegriffen. Es scheint auf einen Offiziersstellvertreter abgesehen gewesen zu sein; auf diesen wurde geschossen, die Kugel traf ihn aber nicht, sondern einen Kameraden, ebenfalls Offiziersstellvertreter, der dadurch eine leichtere Verwundung davontrug. Nunmehr machten auch die Jäger von ihren Waffen Gebrauch, und hiebei wurde Weilbacher, der nach dem Zeugnis der Jäger jenen Schuß abgegeben hatte, durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Er wurde schwer verwundet in die Kaserne verbracht, nach seiner Ueberführung in das Krankenhaus ist er dort gestorben.

Ein dummer Streich.

(SCH.) Tübingen, 27. Juli. Bei der Getreideablieferung in Pfirndorf kam es zu schweren Ausschreitungen gegen den Kommunalbeamten und die Landjäger. Nur der Besonnenheit der mißhandelten Beamten ist es zu danken, daß ein Blutvergießen unterblieb. Es ist tief bedauerlich, daß die Leute durch einzelne Heher sich immer wieder zu solchen dummen Streichen mitreißen lassen, die ihnen empfindliche Freiheitsstrafen eintragen.

Mehlpantischer.

(SCH.) Aalen, 27. Juli. Auf eine Anzeige hin hat die Polizei festgestellt, daß bei einem Bäcker und in einer Handlung billigeres und teureres (amerikanisches) Mehl gemischt und zum höheren Preis verkauft wurde. Das Mehl wurde sofort beschlagnahmt. Eine in der ganzen Stadt abgehaltene Kontrolle durch den gemeinderätlichen Lebensmittel-ausschuß konnte nichts Wesentliches mehr beibringen. Im Gemeinderat gab es eine sehr erregte Aussprache und auch in der Bevölkerung ist man über diesen Betrug sehr aufgebracht.

Druck und Verlag der A. Blöchlager'schen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftleitung verantwortlich i. V.: Oberpräzeptor Bauele, Calw.

Möller'sche Beamtenschule Oberndorf a.N. Vorbereitung für Post und Eisenbahn, auch für Mädchen.

Auf 1. Hypothek

2000 Mark

oder mehr auszuleihen.

Nur schriftliche Anfragen unter R. K. an d. Geschäftst. ds. Bl.

Einige guterhaltene Zimmertüren

zu kaufen gesucht.

Wer sagt die Geschäftst. d. Bl.

Das Calwer Tagblatt

kann jederzeit bestellt werden.

Calw, den 28. Juli 1919.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, welche wir beim Hinscheiden unseres innigstgeliebten Sohnes, Bruders, Onkels und Neffe

Reinhold Scholl

von allen Seiten erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege innigsten Dank. Ebenso danken wir für die ehrende Begleitung seiner Altersgenossen, den ehrenden Grabgefang seiner Altersgenossen, für die kostbaren Worte des Herrn Dekan, die überaus zahlreichen Blumenpenden, und die große Beteiligung von nah und fern. Besonders danken wir noch dem Herrn Dekan und seiner Frau, der Schwester Berta und allen denen, die ihn während seines langen Krankenlagers reichlich beschenkt haben.

Die schwergeprüften Eltern mit ihren Kindern.

Rote und schwarze Johannisbeeren

kauft jedes Quantum

Christian Rienzlen

Fruchtsaft- u. Marmeladen-Fabrik mit Dampfbetrieb.

Sulzbach a. d. Murr.

Eine Villa

mit 5-6 Zimmern

wird, wenn möglich möbliert, auf nächstes Frühjahr mit Vorkaufrecht in Liebenzell zu mieten gesucht.

Gest. Angebote unt. S. B. 7828 an Rudolf Hoffe Stuttgart.



ist Ihnen gesichert trotz der **Getränknot** wenn Sie zur Bereitung von **Hausstrunk** Dr. Schweizers **Kunststoffsubstanz** **'Lamavino'**

verwenden. Dieses alkohohaltige Extrakt einfach mit Zucker im Mörser angefeuchtet vergärt rasch zu einem alkohohaltigen Getränk, das wie guter Obstmost schmeckt u. an Güte u. Bekömmlichkeit unübertroffen ist. 150 L. 100 L. 75 L. 50 L. 10.- 7.50 6.20 5.- Wer keinen Zucker zur Verfügung hat, nehme

'Lamavino' mit künstlichem Süßstoff zur Herstellung eines alkohohaltigen obstmostähnlichen Getränkes. 150 L. 100 L. 75 L. 50 L. 12.- 9.- 7.50 5.80 in Kolonialwaren- und Konsum-Geschäften. **Nährmittelwerk Dr. Schweizer, Ehlingen.**

Wegen Erkrankung suche sofort oder später ein fleißiges, braves

Mädchen.

Frau Baumeister Kiefner, Calw, Stuttgarterstr. 425.

Ein zuverlässiges, in allen Hausarbeiten bewandertes

Mädchen

bei guter Bezahlung zu kleiner Familie gesucht.

Frau Adolf Koepp, Hirsau Württbg.

Lichtenau i. Baden. Ein kräftiges, reinliches

Mädchen

für Haus und leichte Feldarbeit, das eine Kuh melken kann, bei hohem Lohn sofort gesucht.

A. Zimmermann.

Anständiges, fleißiges

Mädchen

gesucht.

Wirtschaft z. Stadt Pforzheim, Dillstein.

Mädchen

im Alter von 15-17 Jahren wird bei guter Behandlung gesucht. Eintritt sofort.

Angebote zu richten an Frau L. Heydt, Calw, z. Hirsau, Althengstett.

Lehrstelle als Schneider.

Angebote sind zu richten unter M. C. an d. Geschäftsstelle des Blattes.

Große Auswahl Billige Preise

Empfehle für wirkliche Einmachzeit

Eingeb. Kasserolle und Aufscher
Einmachtopfe und Stauden
bis 20 Liter Inhalt, ferner
Mofikrüge und Sutterkrüge
sowie alle Sorten schönes Hafnergeschirr.

Albert Knoll
Tonwarengeschäft .: Altbürgerstraße 285.

Kupferner Gasbadeofen

(System Junker-Ruh) mit Zimmerheizung, fast neu, sowie weiße Emaille-Badewanne, 2 große Kästen für Kleider und Weiszeug,
einige Eisenwände weggugshalber preiswert abzugeben.
Eifner, Landhaus Julienruhe, Hirsau b. Calw.

Ziehharmonikas

Alle können auf neue eingetauscht werden, daselbst sind noch einige gebrauchte von verschiedenen deutschen Fabrikanten, sowie Tiroler, Stalkener und echte Wiener, billig zu verkaufen bei
Gebrüder Hohnloser u. Sohner, Ziehharmonikamacher aus Bozen (Tirol) Pforzheim, Bergstr. 27.

Keine Wanze mehr für 2 Mk.

nur mit Kammerjäger Berg's Niesodaal I u. II zu erzielen. Seht beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verbilligend. Kinderleicht anzuwenden. Geleglich geschickt. Viele Dankschreib. Doppelpack 2 Mk. Ausreichend für 1-3 Zimmer und Betten.
Alleinverkauf: Drog. C. Huthsteiner, Calw (Ritter-Drög.)
Bei Einbindung von Mk. 2.40 oder Postcheckkonto Berlin 31 286 portofr. Zus. durch Herrn. A. Groefel, Berlin, Königgräberstraße 49.

Moderne Wanduhren Regulateure Schwarzwälder Uhren

Friedr. Schwämmle, Uhren u. Goldwaren, Bad Teinach.

Die so beliebten Krauß Dampf-Waschmaschinen

erhalten Sie nur im Alleinverkauf bei der Firma Gebr. Sauer, Maschinenbauanstalt, Herrenberg, Tel. 51.
NB. 1 Wagon Waschmaschinen ist unterwegs und bitten wir um Vorausbestellungen. Offerten zu Diensten. Die Obigen.
Auf rechtzeitige Bestellung gibt **Bohnen ab.**
Christ. Stürner, Walmühlweg.

Mehrere Zentner Kartoffel zu kaufen gesucht.

Neue Handelschule.

Bezirksverein f. Geflügelzucht Calw.

Um unseren Mitgliedern den Bezug von Futtermitteln zu erleichtern, haben wir bei Mitglied Reinhold Hauber, Leberstraße, eine **Verteilungsstelle** für die Vöhlinger Futtermittel eingerichtet und empfehlen diese günstige Gelegenheit zu fleißiger Benutzung. Zur Zeit sind erhältlich: Geflügelweichfutter, verbesserte Qualität, pro Pfund 28 Pfg., Rückenweichfutter, gute Qualität, pro Pfund 48 Pfg., Hundekuchen, pro Pfund 32 Pfg. Bezug in beliebiger Menge gestattet. Säcke sind mitzubringen. Leihsäcke werden nicht abgegeben.
Der Ausschuss.

Bez.-Bienenzüchter-Berein Calw.

Die Bienenzüchter des Bezirkes werden hiermit aufgefordert, ihre derzeitige **genaue Völkerzahl** sofort dem Vertrauensmann ihres Ortes zwecks weiterer Zuckeranforderung, anzugeben. Die Sammellisten sind von den Vertrauensmännern bis spätestens 5. August dem Unterzeichneten einzusenden.
J. Anecht, Vorstand.

Sonnenhardt. Eine junge Fahrkuh

fehlerfrei, 8 Liter Milch gebend, sowie ein schönes **Läuferfchwein** hat zu verkaufen **Georg Niethammer.**

Hirsau. Einen schönen 10 Monate alten Stier

hat zu verkaufen **Wilhelm Volz, Klosterhof.**

Rapsenhardt Post Unter-Reichenbach W. Calw.

Unterzeichneter verkauft ein 6-7 Jahre altes **Rasse-Pferd** Fuchs-Wallach, 174 groß, guter Einspanner, mit jeder Garantie. **J. Gengenbach.**

Witzbach. Einen 15 Monate alten, schönen Zuchtfarren

hat zu verkaufen **Gemeindepfleger Reppler.**

Dienstag, den 29. Juli, von vormittags 7 Uhr ab stehen in meiner Stallung im Gasthaus zum Löwen **in Calw** ein sehr großer Transport erstklassiger, starker, junger **Milchtühe, trächtiger Rühe, hochträchtiger Ralbinnen, starker Zugochsen und Zugtiere,** sowie große Auswahl **schönes Jungvieh** zum Verkauf, wozu Liebhaber freundlich einladet **Rubin Zeit Löwengart.**